

EP-W-01-269 Kapitel 2: Stärken, was uns zusammenhält: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)
Status: Behandelt

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 269 bis 273:

~~Mit dem Euro ist ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten bereits Realität: Die Länder des Euro teilen eine gemeinsame Geldpolitik. Das macht für diese Länder auch in anderen Bereichen gemeinsame Schritte notwendig, die für die Nicht-Euroländer nicht essenziell sind. Lösungen für die Eurozone sollten aber immer offen für andere Mitgliedstaaten sein, wie es etwa schon heute bei der Bankenunion der Fall ist. Der Euro ist die Währung der Europäischen Union. Mit dem Vertrag von Lissabon haben sich alle EU-Mitgliedstaaten - bis auf Dänemark und Großbritannien - zur Einführung des Euro verpflichtet, sobald sie die Euro-Kriterien erfüllen. Bereits heute sind alle EU-Staaten über den EU-Binnenmarkt sehr eng miteinander verflochten. Wirtschafts- und finanzpolitische Stabilitätsverfahren gelten ebenso für alle. Euro und Binnenmarkt sind politisch wie wirtschaftlich nicht voneinander zu trennen. Deshalb ist es notwendig, die Wirtschafts- und Währungsunion gemeinsam mit allen 27 Mitgliedstaaten zu stärken und weiterzuentwickeln. Eine kategorische Spaltung in einen Euro-Exklusivclub und den Rest lehnen wir ab, denn alle den Euro betreffenden Entscheidungen haben auch unmittelbare Auswirkungen auf Nicht-Eurostaaten. Neue Instrumente sollten daher für alle 27 EU-Staaten konzipiert sein oder Nicht-Eurostaaten zur Teilnahme an weiteren Reformen ermutigt werden, so wie dies etwa schon heute beim EU-Investitionsfonds (EFSI) oder der Bankenunion der Fall ist.~~

Begründung

Der BuVo-Entwurf stellt hier eine 180-Grad-Drehung zur langjährigen Beschlusslage her. Wir haben ein Kerneuropakonzept immer abgelehnt und nie die Verflechtung aller EU-Mitgliedstaaten über den EU-Binnenmarkt in Frage gestellt. Nun zu behaupten, dass gemeinsame Schritte der Euro-Staaten für Nicht-Euro-Staaten nicht essentiell seien, ist nicht nur falsch, sondern auch eine Umkehr von jahrelanger Beschlusslage von Partei und Fraktion.

weitere Antragsteller*innen

Hermann Kuhn (Bremen-Mitte KV); Diana Siebert (Köln KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Eimsbüttel KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Reinhard Bütikofer (Berlin-Mitte KV); Lena Zagst (Hamburg-Mitte KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Dániel Fehér (Berlin-Pankow KV); Jonathan Worth (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniel Freund (Aachen KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Till Steffen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Pat Drenske (Hannover RV); Manuel Muja (Hamburg-Mitte KV); Carolin Holzhäuser (Berlin-Pankow KV)